



«Wir fühlten uns nicht arm»

Grossrätin Karin Faes (FDP) blickt auf ihre prekäre Kindheit zurück.

Jocelyn Daloz

Es war in den 1970er-Jahren. Ihre Eltern lebten getrennt. Der Vater zahlte über weite Strecken keinen Unterhalt für die Familie; und im Gegensatz zu heute gab es damals noch keine Alimentenbevorschussung, die darin besteht, dass die Wohngemeinde die Alimente vorauszahlt und sie dann beim Zahlungspflichtigen einholt.

Karin Faes wuchs mit ihren beiden Geschwistern in einer kleinen Blockwohnung auf. Ihre Mutter war für die Spitex Pflegefachfrau und arbeitete Teilzeit, um sich um ihre Kinder zu kümmern. Entsprechend lebten sie stets an die Armutsgrenze. Eine Nachbarin stellte ihnen einen Teil ihres Gartens zur Verfügung, um Gemüse anzupflanzen – das sparte Geld und war gesund.

«Wir waren nicht die Einzigen, die so lebten», sagt Karin Faes heute. «Der Krieg war nicht so lange her. Es gab deutlich weniger staatliche Unterstützungen. Da kam es öfters vor, dass wir uns gegenseitig aushalfen.» Darüber hinaus galten noch altertümliche Regeln: Alleinerziehende Frauen wagten es kaum, Sozialhilfe zu beantragen, aus Angst, der Staat würde ihnen das Sorgerecht entziehen.

Also wurden die Kleider so

lange wie möglich getragen und vom ältesten Kind zum jüngsten weitergegeben. Zum Geburtstag wünschten sich die Kinder Geld, um sich die Beiträge für die Pfadi-Sommerlager zu leisten. Und dennoch sagt Faes: «Die wichtigen Sachen haben wir nicht verpasst. Wir haben das nie als Armut empfunden.»

Unterdessen ist sie Geschäftsführerin eines Bauunternehmens geworden und Grossrätin für die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP). Sie ist Mitglied in der Kommission Gesundheit und Soziales. Als solche wurde sie an einer Podiumsdiskussion der Caritas Aargau eingeladen, um sich mit diversen Akteuren der Sozialdienstleistungen über das Thema zu äussern.

In der Schweiz steigt die Armut

Ihre Erfahrung mit Armut, sagt sie, führt sie zu einer differenzierten Ansicht des Themas. Sie diskutierte in einem Konferenzsaal des Naturamas in Aarau mit Andreas Lustenberger, Wirtschaftsgeograf und Mitglied der Geschäftsleitung von Caritas Schweiz, Loranne Mérillat, kantonale Leiterin der Sozialdienste, und Barbara Zobrist, Leiterin der Schuldenberatung Aargau-Solothurn.

Im Vorfeld führte Andreas Lustenberger auf, wie die Ar-

mutssituation in der Schweiz aussieht. Seine Erkenntnis: nicht gut. 745 000 Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze. 1,3 Millionen Menschen sind armutsgefährdet – das heisst, sie haben ein Einkommen, das um 60 Prozent tiefer liegt als das Medianeinkommen. Fast 20

«Die wichtigen Sachen haben wir nicht verpasst. Wir haben das nie als Armut empfunden.»



Karin Faes

FDP-Grossrätin und Bauunternehmerin

Prozent aller Menschen in der Schweiz könnten in den nächsten Wochen eine unerwartete Ausgabe von 2500 Franken nicht stemmen.

Besorgniserregend sei zudem, sagt er, dass die Zahlen das Jahr 2020 betreffen. Unterdessen erlebte die Schweiz ein weiteres Pandemiejahr, eine Inflation von 2,9 Prozent, steigende Krankenkassenprämien und Mietzinse. Seit Anfang 2023 ist der Umsatz der Caritas-Läden um 40 Prozent gestiegen, und 2022 war ein Rekordjahr für die Läden der Nichtregierungsorganisation.

Die Debatte drehte sich darum, was die Sozialdienste im Aargau unternehmen oder



unternehmen sollten, um möglichst viele Menschen aus der Armut ziehen. Dass dies Aufgabe des Staates sei, war für alle Teilnehmenden an die Diskussion unbestritten, auch für Karin Faes. Sie spricht aber auch von einer gewissen Ambivalenz: «Die Leute sind nicht pauschal Opfer.» Sie erinnert sich, dass ihre Familie alles dafür unternahm, eigenständig über die Runden zu kommen. Deshalb glaubt sie: «Die Menschen müssen dazu ermächtigt werden, sich selber helfen zu können.»

Das sehen auch die anderen Protagonisten so. Für die Leiterin der kantonalen Sozialdienste Lorraine Mérillat sei das genau der Ansatz vieler Dienstleistungen: Sie sollen verhindern, dass Menschen überhaupt Sozialhilfe beantragen müssen, indem man beispielsweise in die Bildung investiert. Barbara Zobrist von der Schuldenberatung entgegnet ihrerseits, dass die Leute in der Regel erst dann bei ihr nach Hilfe fragen, wenn sie bereits alle Lösungen ausgeschöpft haben. Zum Staat zu gehen, sei oft noch mit Scham verbunden.

Dennoch meint Karin Faes: «Ich habe Mühe mit einer Diskussion, die Armut bloss über Einkommen definiert. Die Zahl der Anspruchsberechtigten wird permanent ausgedehnt und wird immer grösser. Ich finde, wir sollten die Mittel, die wir zur Verfügung haben, sehr gezielt einsetzen.»